

lage in China regelmäßig begutachten soll. Mit diesem Kompromiss hat die Regierung dem Drängen von Menschenrechtsorganisationen nachgegeben, die wie die Human Rights Watch kritisiert hatten, dass die USA nunmehr überhaupt kein Mittel mehr habe, um Druck auf die chinesische Regierung auszuüben. (HB, 21.9.00; NfA, 21.9.00) -schü-

28 Chinesische Erdölgesellschaften wenden sich noch stärker dem Weltmarkt zu

Für Oktober plant Chinas größtes Erdölunternehmen Sinopec eine Notierung an Auslandsbörsen, um Kapital in einem Umfang von 3,8 Mrd. US\$ für die Umstrukturierung des Unternehmens aufzubringen. Dieser Schritt zusammen mit zwei anderen anstehenden Börsennotierungen von chinesischen Erdölunternehmen wird von ausländischen Analysten sehr positiv bewertet. Hiermit mache die chinesische Regierung deutlich, dass der zukünftige Energiebedarf zu einem großen Teil über globale Märkte gedeckt werde. Diese Politik sei auch von den weltweit drei größten Erdölgesellschaften, Exxon Mobil, BP Amoco und Royal Dutch/Shell, positiv gewürdigt worden. Diese Unternehmen hätten angekündigt, sich an der Emission von Sinopec mit Käufen im Werte von rd. 1,8 Mrd. US\$ zu beteiligen.

Innerhalb der chinesischen Erdölindustrie zeichnet sich nach der Schaffung von drei Großunternehmen, die im Wesentlichen funktional neu strukturiert wurden, eine neue Energiepolitik ab, um Lösungen für die Rohstoffknappheit zu finden. Der Gang an die Auslandsbörsen wird als neue Ausrichtung der Politik dieser Unternehmen betrachtet, die ihre kommerzielle Orientierung verstärken wird.

Die Unternehmen sind sehr stark an einer Erschließung von weltweiten Erdölressourcen zu niedrigen Kosten interessiert. Seit Mitte der 90-er Jahre hat China bereits eine Reihe von Verträgen über die Entwicklung von Erdölfeldern im Ausland unterzeichnet, insbesondere mit Kasachstan, Venezuela und dem Irak. Der Wert dieser Verträge beläuft sich auf rd. 5,6 Mrd. US\$. Die *Financial Times* berichtet, dass China bei den Verhandlungen um

Erschließungsrechte oftmals das Angebot anderer Konkurrenten um bis zu 40% überboten habe.

Mit der Zunahme des Erdölverbrauchs einerseits und der Stagnation der Erdölförderung im Inland, ist die Sicherung von Auslandsmärkten dringender als zuvor geworden. Nach Einschätzung der *Financial Times* haben Regierung und Forschungsinstitute den tatsächlichen Erdölbedarf unterschätzt. So sei nach internationalen Schätzungen davon auszugehen, dass China bis zum Jahr 2010 rd. 50% seines Bedarfs importieren müsse. Vorausgesetzt wird dabei jedoch, dass es zu keinem schwerwiegenden Einbruch der nationalen Erdölförderung kommt. (FT, 25., 26.9.00)

Die wichtigsten Energieträger waren 1998 Kohle mit 72% der Energieproduktion (in Standard-Kohleeinheiten), Erdöl mit 18,5%, Wasserkraft mit 7,1% und Erdgas mit 2,4%. (*China Statistical Yearbook 1999*) Die Förderung von Erdöl in Höhe von rd. 160 Mio.t deckt nicht mehr den Inlandsbedarf. Die Einfuhren von Rohöl stiegen 1999 um 34% (1998: 27,3 Mio.t); der Importwert erhöhte sich um 41,7% und lag bei 4,6 Mrd. US\$. -schü-

Binnenwirtschaft

29 Industriepolitische Förderung mit Blick auf WTO-Beitritt verstärkt

Mit dem erwarteten WTO-Beitritt wird der Wettbewerbsdruck für chinesische Unternehmen weiter zunehmen. Eine vor kurzem veröffentlichte Untersuchung des französischen Forschungsinstituts Cepii machte deutlich, dass einige Branchen voraussichtlich aufgrund der stärkeren ausländischen Konkurrenz hohe Einbußen hinnehmen müssen. Hierzu zählt vor allem die Automobilbranche, während die Textilbranche zu den Gewinnern des Beitritts gehören wird. Für die Automobilbranche wird vorausgesagt, dass sie durch eine Ausweitung der Importe von durchschnittlich 105% (bis 2005) Produktions- und Beschäftigungseinbußen in Höhe von jeweils 15% pro Jahr sowie Exportrückgän-

ge von 8% erleiden wird. Auch andere Branchen wie Elektronik, Maschinenbau, etc. werden sich stark anpassen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. zu werden. (www.cepii.fr/anglais/LETD400.HTN), zitiert in NZZ, 2./3.9.00)

Eine andere vor kurzem durchgeführte Untersuchung des Guangzhou Society and Public Opinion Research Center machte deutlich, dass vor allem die Branchen Telekommunikation, Haushaltselektronik und Versicherungen nach dem WTO-Beitritt Kunden an ausländische Konkurrenten verlieren könnten. So werden die Kunden stärker importierte Produkte und Dienstleistungen von ausländischen Unternehmen nachfragen, wenn sie eine bessere Qualität als bei inländischen Produkten und Dienstleistungen annehmen. (IHT, 29.9.00)

Vor diesem Hintergrund will die chinesische Regierung bestimmte Industrien und Unternehmen stärker fördern. Nach Angaben des *Asian Wall Street Journal* vom 11.9.00 hat die Regierung inzwischen 19 Unternehmen ausgewählt, die jährlich rd. 2,7 Mrd. US\$ erhalten sollen, um sie in ihrer Forschungsentwicklung zu unterstützen. Zu den Unternehmen sollen folgende 13 Unternehmen zählen:

- Legend Holdings Ltd.
- Shanghai Petrochemical Co.
- China First Automobile, Changchun
- Jinan Qingqi Motorcycle Co., Jinan
- Wuhan Steel
- Yanzhou Coal Mining Co.
- ZTE, Shenzhen, Telekom-Unternehmen
- Qingdao Haier Refrigerator Co.
- Founder Holdings, Computerunternehmen
- Sichuan Changhong Electric Co.
- North China Pharmaceutical
- Baogang Steel
- Shanghai Jiangnan Shipyards

Ziel der Förderung ist es, diese Unternehmen in die internationale Spitze aufrücken zu lassen. Darüber hinaus soll China stärker als zuvor als High-Tech-Standort an Bedeutung gewinnen. (HB, 22.9.00)

Im Jahre 1994 wurde bereits ein industriepolitisches Programm vorgestellt („Outline of State Industrial Policy for the 90s“, für einzelne Bran-

chen, z.B. für die Automobilbranche die „Policies on the Automobile Industry“). Nicht nur Ziele der strukturellen Anpassung wurden darin bestimmt, sondern auch die erforderliche Optimierung der Industrieorganisation, die Erhöhung des Technologieniveaus und eine rationale Verteilung der Industrien. Zum ersten Mal veröffentlichte die Regierung Maßnahmen und Standards für Investitionen in bestimmten Branchen und Sektoren. Aufgrund der begrenzten Finanzmittel erfolgte eine Auswahl von Industrien, die gefördert werden sollten.

Die Schlüsselbranchen im 9. Fünfjahresplan (1996-2000) waren Maschinenbau, Elektronik, Petrochemie, Automobilbau und die Baustoffindustrie. Die Unternehmen dieser Industriezweige haben derzeit überwiegend große Effizienzprobleme und können oftmals keine positiven Skalenerträge erwirtschaften, da sie zu geringe Betriebsgrößen haben und es ihnen an Spezialisierung fehlt. Das Beispiel der Kfz-Industrie zeigt, vor welchen strukturellen Herausforderungen die chinesische Industrie steht. Im Automobilsektor stellen 120 Kfz-Unternehmen 1,6 Mio. Fahrzeuge (darunter rd. 500.000 Pkw) her. -schü-

30 Diskussion um zukünftigen 10. Fünfjahresplan

Auf der jährlichen Plenartagung des ZK der KPCh Anfang Oktober d.J. wird die Diskussion um die Inhalte des nächsten Fünfjahresplanes im Mittelpunkt stehen. Der 10. Fünfjahresplan, der den Zeitraum 2001-2005 umfasst, wird nach Diskussion und Verabschiedung auf der Plenartagung dann dem Nationalen Volkskongress vorgelegt, der im März 2001 zusammentreten wird.

Obwohl die genauen Inhalte des Fünfjahresplanes noch nicht bekannt sind, gehen ausländische Beobachter davon aus, dass die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen sowie ein stetiges Wirtschaftswachstum zentrale Positionen einnehmen werden. Chinesische Medien haben bereits von einer Vorstellung des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums in Höhe von 7-8% berichtet.

Aufgrund des anstehenden WTO-Beitritts wird auch erwartet, dass Struk-

turreformen der Wirtschaft eine zentrale Rolle bei der Aufstellung der mittelfristigen Wirtschaftsplanung haben werden.

Weiterhin wird davon ausgegangen, dass dem nicht-staatlichen Sektor und Auslandsunternehmen eine größere Bedeutung in der Wirtschaft zugestanden wird. Die Reform der Staatsunternehmen wird sich dann voraussichtlich auf die Fortsetzung der rechtlichen Umstrukturierungen in Kapitalanteilgesellschaften und von Unternehmensfusionen konzentrieren.

Im neuen Fünfjahresplan werden wohl auch die bereits diskutierten großen Infrastrukturprojekte aufgeführt werden, die die wirtschaftliche Entwicklung in Zentral- und Westchina voranbringen sollen. Es wird damit gerechnet, dass ebenfalls die Finanzierung dieser Projekte über die Emission von Staatsanleihen in den Plan aufgenommen werden wird. (SCMP, 20. und 26.9.00)

Mit Blick auf den auslaufenden 9. Fünfjahresplan sprach Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, von großen Erfolgen in der Wirtschaftsreform und in der gesamtwirtschaftlichen Regulierung. Während der letzten fünf Jahre habe die Regierung zur Überwindung der Auswirkungen der Asienkrise eine aktive Fiskalpolitik und eine Stützung der Inlandsnachfrage verfolgen müssen. Die erfolgreiche Umsetzung der gesamtwirtschaftlichen Kontrollmaßnahmen habe ein vorteilhaftes Umfeld für die Förderung der Wirtschaftsreformen geschaffen, die Arbeitsmarktprobleme reduziert und die soziale Stabilität aufrechterhalten.

Während des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) hat Zeng zufolge zunächst die Inflationskontrolle zu den Schwerpunkten der makroökonomischen Steuerung gezählt. In der zweiten Hälfte des Fünfjahresplanes hätten dagegen aktive fiskalpolitische Maßnahmen im Vordergrund gestanden sowie Maßnahmen zur stabilen Geldpolitik und Kontrolle der Deflation, die u.a. durch die Begebung von Staatsanleihen, Ausweitung der Investitionen und andere Maßnahmen erreicht worden sei.

Insgesamt hat China seit 1998 nach Angaben von Zeng Staatsanleihen mit

einem Volumen von 360 Mrd. Yuan begeben. Die Anleihen wurden eingesetzt für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, zur Wasserkonservierung, für den Ausbau des Energie- und Transportsystems, zur Förderung der technologischen Innovation der Unternehmen sowie zur Unterstützung der Entwicklung der Westregion. Zeng rechnet damit, dass sich die durchschnittliche BIP-Wachstumsrate während des letzten Fünfjahresplanes auf rd. 8% belaufen wird. (XNA, 21.9.00)

Die Bedeutung der mittel- und langfristigen Indikativplanung besteht vor allem noch darin, die developmentpolitischen Vorstellungen von Partei und Regierung widerzuspiegeln. In der Diskussion, die jedem mittel- und langfristigen Plan vorausgeht, wird außerdem deutlich, welche unterschiedlichen Positionen bestehen und wie weit die Partei/Regierung zu Kompromissen bereit ist. Dies zeigt beispielsweise auch die derzeitige Diskussion um den anstehenden 10. Fünfjahresplan. Für ausländische Unternehmen bleiben die Richtlinien und Zielvorstellungen nach wie vor von Bedeutung, wie ein ausländischer Analyst schreibt: „Perhaps the key is to note that like all previous plans, the Tenth FYP shows where the hearts of the approval authorities might be.“ „... business should look for opportunities in the interior, technology transfer, and agricultural trade, and in China's future infrastructure and rural urbanization projects, and environmental and 'sustainable development' efforts.“ (Frankenstein, John, „China's Tenth Five-Year Plan: Statements of Intent“, in: *The China Business Review*, May-June 2000, S. 40-42, hier S. 41) -schü-

31 Neue wirtschaftliche Sonderzonen für die Inlandsprovinzen

Anfang September kündigte die Zentralregierung die Genehmigung von 11 Wirtschafts- und Technologieentwicklungszonen (Economic and Technological Development Zones = ETDZ) in Zentral- und Westchina an. Diese Zonen sollen eine Motorfunktion für die Entwicklung in Zentral- und Westchi-

na spielen. Bisher existieren in der Region lediglich fünf solcher ETDZ.

Landesweit gibt es bereits 43 von der Zentralregierung genehmigte ETDZ, die insgesamt ausländische Investitionen in Höhe von rd. 32 Mrd. US\$ angezogen haben. (XNA, 10.9.00)

Neben den ETDZ besteht der Trend zum Aufbau von Sonderzonen für die Exportveredelung von Produktion, so genannten Export Processing Zones (EPZ). Auf der o.g. 4. China Fair for Investment and Trade in Xiamen wurde vom stellvertretenden Direktor der Zollbehörde angekündigt, dass im Oktober d.J. 15 EPZ eröffnet werden. Genaue Vorschriften und Bestimmungen über die Arbeit dieser Zonen werden dann auch in Kraft treten. In diesen Zonen sollen ausländische Unternehmen effiziente und unbürokratische Dienstleistungen erhalten. Der Veredelungshandel ist von besonderer Bedeutung für den gesamten Außenhandel. In den ersten sechs Monaten d.J. belief sich das Export- und Importvolumen des Veredelungshandels auf rd. 105,64 Mrd. US\$, ein Anstieg um 29,3% und ein Anteil von 48,7% am gesamten Außenhandelsvolumen. (XNA, 10.9.00)

Als erste EPZ wird die Kunshan EPZ in der Provinz Jiangsu ihren Betrieb aufnehmen. Der Aufbau der EPZ soll Kosten von bisher rd. 100 Mio. Yuan verursacht haben. Geplant ist die Ausdehnung der Zone auf 2,86 qkm. (YNA, 16.9.00)

Auch in Xiamen wird demnach eine EPZ eröffnet werden, und zwar als Teil der Haicang Taiwanese Investment Zone. Die neue EPZ wird in der ersten Phase eine Ausdehnung von rd. 1,46 qkm aufweisen. Die Haicang Taiwanese Investment Zone wurde bereits 1989 vom Staatsrat genehmigt und hat seitdem 140 Auslandsunternehmen mit einem Gesamtvolumen ausländischer Investitionen in Höhe von 3,34 Mrd. US\$ angezogen. (XNA, 12.9.00)

Im Zuge des anstehenden WTO-Beitritts werden die Bestimmungen, die bisher für alle Arten von Sonderzonen in China gelten, an internationale Standards angepasst werden müssen. Dazu gehören vor allem die Ausnahmeregelungen in den Sonderwirtschaftszonen.

Die größte Sonderwirtschaftszone Shenzhen wurde im August 1980 gegründet und soll seit ihrem Aufbau eine jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate von rd. 31% aufweisen. Heute liegt Shenzhen hinsichtlich des BIP an sechster Stelle unter den größten Städten in China. Bei den Exporten nimmt Shenzhen mit einem Volumen von 50,4 Mrd. US\$ im Jahre 1999 den höchsten Rang unter allen Städten ein. (XNA, 15.9.00) Insgesamt sollen rd. 12.000 Unternehmen mit Auslandskapital in Shenzhen zu finden sein. Diese Unternehmen trugen 1999 rd. 78% zum Industrieoutput der Stadt und 53,6% zu den Exporten bei. (XNA, 22.9.00) -schü-

SVR Hongkong

32 Wahlen zur Legislativversammlung: Erosion des demokratischen Lagers

Am 10. September wurde in Hongkong die zweite Wahl zur Legislativversammlung (Legislative Council) seit dem Souveränitätswechsel im Jahr 1997 abgehalten. Die Ergebnisse waren von Beobachtern mit großer Spannung erwartet worden, da die Legislativwahl nicht nur als Mechanismus zur Feststellung des Kräfteverhältnisses zwischen den politischen Parteien, sondern auch als Indikator für die Verwurzelung demokratischer Werte in Hongkong allgemein gewertet wird. Die erste Wahl zur Legislative der Sonderverwaltungsregion (SVR) im Mai 1998 hatte dem demokratischen Parteienlager starken Auftrieb gegeben und ein wachsendes Bedürfnis der Hongkonger Bevölkerung nach demokratischer Mitbestimmung zum Ausdruck gebracht. Verglichen mit den damaligen Ergebnissen reflektiert der jüngste Wahlausgang einen Rückschlag der demokratischen Kräfte und bestätigt damit einen Trend, der sich bereits bei den Wahlen zu den Bezirksräten (District Boards) im November 1999 abgezeichnet hatte (vgl. C.a., 98/5, S. 527-532, 99/11, Ü 27, 00/7, S. 795-796).

Als enttäuschend im Vergleich zu den Wahlen im Mai 1998 wurde zunächst

die Wahlbeteiligung gewertet. Hatte die Wahlbeteiligung damals - trotz heftigen Dauerregens - ein Rekordhoch von 53,3% verzeichnet, so gaben dieses Mal - bei heiterem Wetter - nur 43,6% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Viele sahen darin das traditionelle Bild einer politisch weitgehend apathischen Bevölkerung bestätigt. Allerdings ist zu sehen, dass die diesjährige Beteiligungsrate doch noch um einiges höher lag als zu Zeiten der kolonialen Herrschaft, wo sie jeweils unter 40% geblieben war (1991: 39,2%; 1995: 35,8%). Hinter dem im Vergleich zu 1998 gesunkenen Interesse an den Legislativwahlen wird allgemein eine Verdrossenheit über das teildemokratische System und über die Leistungen der Regierungsarbeit sowie der jüngste, durch einen Skandal um politische Meinungsfragen verstärkte Unmut über Regierungschef Tung Chee-hwa vermutet. (Darstellung und Diskussion der Wahlergebnisse in SCMP, 11., 12., 13., 14.9.00; IHT, 11., 12.9.00; FT, 11.9.00; WSJ, 11.9.00; vgl. C.a., 00/6, Ü 39, 00/8, Ü 30)

Aus Sicht der demokratischen Kräfte noch enttäuschender aber waren die Wahlergebnisse, die in der folgenden Tabelle zusammengestellt sind. So ist zunächst zwar zu sehen, dass das demokratische Lager seinen absoluten Anteil mit 18 von insgesamt 60 Mandaten (Democratic Party: 12; The Frontier: 2; Association for Democracy and People's Livelihood: 1; sowie drei pro-demokratische Vertreter aus der Reihe der unabhängigen Kandidaten) aufrechterhalten konnte (1998: insgesamt 19 von 60 Mandaten). Diese weitgehende Konstanz ist allerdings vor dem Hintergrund einer Ausweitung der Direktmandate zu relativieren, von der man eine Stärkung der demokratischen Kräfte erwartet hatte. So sieht das Hongkonger Grundgesetz für die ersten drei Wahlen zur Legislativversammlung eine abgestufte Ausweitung der direkt zu wählenden Mandate vor (1998: 20; 2000: 24; 2004: 30), während die Zahl der durch einen 800-köpfigen Wahlausschuss (lection committee) zu bestimmenden Mandate entsprechend stufenweise von zehn auf null reduziert wird; unbeeinträchtigt davon bleibt die Wahl der anderen Hälfte der Mandate (30 der insgesamt 60 Mandate) durch berufsständische und branchenbezogene Wahlkollegien